

Entwurf

Protokoll bundesweites Treffen des ABSP am 19.12.2015 in Göttingen

Zeit: 12:40 bis 16:10 Uhr

TeilnehmerInnen aus Braunschweig, Gießen, Göttingen (3), Gummersbach (2), Halle (Saale), Karlsruhe, Nordhausen, Stuttgart, und Zeitz (3)

Vorgeschlagene Tagesordnung (lt. Einladung):

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll), Vorstellungsrunde
 - den Entwurf des Protokolls vom 17.10. in Magdeburg werden wir Euch in einer nächsten Rundmail vorlegen.
2. Bestätigung der weiteren Kokreismitglieder, die weder am 17.10. anwesend waren noch eine Information hinterlegt hatten,
 - ob sie wieder für den Kokreis kandidieren möchten.
3. Stand der Dinge zu 500-10 (steuerfrei). Soll der eingeschlagene Weg weiter gegangen werden? Wie?
4. Stand der Dinge „Rechtsvereinfachungen“
5. Weitere Themen der Sozialproteste
6. Aktuelles

Tischvorlagen:

- Entwurf für ein Protokoll vom 17. Oktober 15 in Magdeburg:
www.die-soziale-bewegung.de/mails/protokolle/Entwurf_Protokoll_2015-10-17_Magdeburg.pdf
- Längere, beim Treffen am 17. Oktober durch den Magdeburger Mitstreiter vorgetragene Version eines Anschreibens an Gliederungen der Partei DIE LINKE:
www.die-soziale-bewegung.de/2016/12-19_Goettingen/ABSP_Musteranschreiben_orig.pdf
- Gekürzte, später durch den Magdeburger Mitstreiter dem Kokreis zugesendete Version:
www.die-soziale-bewegung.de/2016/12-19_Goettingen/ABSP_Musteranschreiben_kuerzer.pdf
(Diese Version war am 19.12. in Göttingen Ausgangspunkt für die beschlossene Endfassung)
- Newsletter des Kampagnenrats 500-10 vom 12.12.2015:
www.die-soziale-bewegung.de/2016/12-19_Goettingen/Newsletter-500-10_2015-12-12.pdf

Änderungen/Ergänzungen in der Tagesordnung:

TOP 3.a Papier zur Umsetzung gemeinsam mit den Linken

TOP 6. Aktuelles/Sonstiges

(Vereinbarkeit von Arbeit im ABSP-Kokreis mit Parteifunktionen und Kandidatur für ein kommunales Mandat)

TOP 1. Formalia

Zu Beginn wird das Einverständnis der Versammelten für die Erstellung eines Audio-Mitschnittes eingeholt.

Anmerkung: Ein erst im späteren Verlauf des Treffens hinzugekommener Teilnehmer aus Göttingen bestand auf die Erwähnung, dass er den Verzicht auf eine Audio-Aufnahme für die Erstellung des Protokolls forderte, mit Hinweis auf die Kürze des letzten Protokolls in Form eines Beschlussprotokolls. Da es zu Beginn eine einstimmige Zustimmung zum Audio-Mitschnitt gab und er selber nicht bereit war, ab diesem Zeitpunkt die Erstellung des Protokolls zu übernehmen, wurde dies mehrheitlich abgelehnt und von ihm akzeptiert.

Begrüßung: Göttingen

Moderation: Zeitz und Nordhausen

Protokoll: Halle (Saale)

Vorstellungsrunde

Tagesordnung wie in der Einladung, mit den oben genannten Ergänzungen

Abstimmung mehrheitlich **11:1:0** - Ja : Nein : Enthaltung

Genehmigung Protokoll vom 17.10.2015:

Ohne Änderungen angenommen.

TOP 2. Bestätigung der weiteren Kokreismitglieder, die weder am 17.10. anwesend waren noch eine Information hinterlegt hatten, ob sie wieder für den Kokreis kandidieren möchten

Tommi Sander,	Bereitschaft: JA,	Abstimmung: 7:1:4 - Ja : Nein : Enthaltung
Thomas Elstner,	Bereitschaft: JA,	Abstimmung: 9:0:3 - Ja : Nein : Enthaltung
Sabine Podewin,	Bereitschaft: NEIN	

Antrag: Mitgliedschaft von Hans Levi im Kokreis soll bis zur Klärung eines Sachverhaltes ruhen, Abstimmung 13:0:0

TOP 3a Papier zur Umsetzung Steuerfreiheit des Mindestlohns gemeinsam mit den Linken

Ein Magdeburger Mitstreiter hat als Mitglied der Linken einen Entwurf für ein Anschreiben verfasst, was die Partei auffordert, den Parteitagsbeschluss von 2015 in Bielefeld zur Lohnsteuerfreiheit des Mindestlohns umzusetzen.

Die Versammelten einigten sich darauf, die kürzere Version des Textes (ABSP_Musteranschreiben_kuerzer.pdf, siehe Tischvorlagen) als Ausgangsbasis zu verwenden.

Beschlossene Änderungen:

Statt

*„Das ABSP als zivilgesellschaftlicher Akteur und Mitinitiator dieses Antrages **bittet** nun die Landes- und Kreisverbände der Partei die Linke **um Aufnahme** dieses Beschlusses in die Wahlprogramme und Forderungskataloge auf den entsprechenden Ebenen. ...“*

*„Das ABSP als zivilgesellschaftlicher Akteur und Mitinitiator dieses Antrages **fordert** nun die Landes- und Kreisverbände der Partei die Linke **auf**, diesen Beschluss in die Wahlprogramme und Forderungskataloge auf den entsprechenden Ebenen **aufzunehmen**.“*

Unterschrift: Bundestreffen des ABSP und Kokreis und Dezember 2015

In einem anderen Absatz sollte es anstelle von ‚wir bitten‘ heißen ‚wir **erwarten**‘.

Der letzte Absatz, welcher keine Forderungen, sondern nur Feststellungen enthielt, wurde gestrichen.

Es gab noch eine Diskussion, ob das Papier sich auch an andere Parteien wenden sollte. Es bestand Konsens darüber, dass dann das Papier aber redaktionell überarbeitet werden müsste und dadurch eine Zeitverzögerung eintreten würde, die allerdings vermieden werden sollte, um einen weiteren Zeitverlust zu vermeiden, da der Bundesparteitag der LINKEN schon im Mai sein wird.

Beschluss:

Kürzerer Entwurf einschließlich o. g. Änderungen und mit beigelegtem Falblatt

Abstimmung einstimmig **13:0:1** - Ja : Nein : Enthaltung

Das erwähnte Falblatt der LINKEN. Niedersachsen findet man auf folgender Seite:
www.dielinke-nds.de/das-muss-drin-sein

TOP 3. Stand der Dinge zu 500-10 (steuerfrei)

Soll der eingeschlagene Weg weiter gegangen werden? Wie?

Für die Kampagne für 500-10 (steuerfrei) gibt es immer wieder aktuelle Materialien, welche in großer Zahl an die Bevölkerung verteilt werden können.

Aktuell ist das Flugblatt mit dem auffälligen Comic als Eye-Catcher:

http://www.klartext-info.de/flugblaetter/Existenzminimum_steuerfrei.pdf

Dieses Flugblatt kann wie alle anderen Materialien kostenlos und portofrei per E-Mail an info@klartext-info.de bestellt werden

Internetseite, auf der alle Materialien zu finden sind: www.bit.ly/material-500-10

Die Materialien sind z. B. im Landtagswahlkampf verwendbar (Sachsen-Anhalt, BaWü, Rheinland/Pfalz, Meck/Pomm, Berlin)

Es wurde auf die sogenannten Montags-Friedensdemos, auf rechte und faschistische Aufmärsche verwiesen. In Bad Nenndorf wurden z. B. bei Gegenaktivitäten zu dem Hess-Marsch der Faschisten unter den Gegendemonstranten Flyer verteilt, unter der Parole „Den Rechten das Wasser abgraben!“. Denn die soziale Frage liegt bei den Mitläufern von rechten Bewegungen wie Pegida usw. sehr oft zugrunde.

In der Diskussion unter den TeilnehmerInnen wurden weitere Anlässe, zu denen ebenfalls Flugblätter verteilt werden können, genannt: Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV, vor dem Jobcenter, am 1. Mai, im Wahlkampf, Bundesparteitage, Streiks, Public-Viewing-Veranstaltungen (Fußball), ...).

Verschiedene MitstreiterInnen fanden unterschiedliche Anlässe für am geeignetsten. Offenbar liegen auch individuelle Vorlieben und jeweilige Eigenheiten vor, wer welche Situationen am besten nutzen kann.

Wenn wieder ein Aktionsmonat gemacht wird, sollen die Beteiligungen auch wieder im Internet dokumentiert werden: Wann und wo Aktivitäten stattfinden.

Beschluss:

Durchführung eines Aktionsmonats Mai 2016

freie Wahl der Aktion

Abstimmung **13:0:1** - Ja : Nein : Enthaltung

TOP 4. Stand der Dinge „Rechtsvereinfachungen“

Es gab eine Empfehlung für eine Presseerklärung zu dieser Mogelpackung. Sie soll kurzfristig erstellt werden.

TOP 5. Weitere Themen der Sozialproteste

Die Rechten nutzen die Flüchtlingsfragen in ihren Montagswahnreden. Unsere Flyer sind geeignet, ihnen das Wasser abzugraben.

Ansonsten gilt die Kontinuität des ABSP beim Thema Lohnsteuerfreiheit des Existenzminimums.

Es gab den Hinweis, dass es möglich sei, dass unter bestimmten Bedingungen die Jobcenter die gesamten Kosten der KFZ-Versicherung übernehmen müssen, da im monatlichen Freibetrag nach § 11b SGB II nur ein geringer Betrag für Versicherung vorgesehen ist. Dies ist wieder ein staatliches Eingeständnis dafür, dass das Existenzminimum besteuert wird und dass sie dies verschleiern möchten.

TOP 6. Aktuelles/Sonstiges

Nächstes Treffen: 20.2.2016 in Magdeburg

Vereinbarkeit Arbeit im ABSP-Kokreis, Parteifunktionen und Wahrnehmung von Mandaten in Kommunalvertretungen

Es gab eine Diskussion darüber, ob ein sehr aktives Mitglied des ABSP für die LINKEN im Stadtparlament kandidieren sollte. Selbst wenn dies eine persönliche Überforderung darstellen könnte oder die Arbeit im ABSP darunter leiden würde, so stellt dies eine persönliche Entscheidung dar.

In diese sollte sich das ABSP nicht einmischen.

Ein Teilnehmer verlangte, dass generell jegliche Erwähnung des ABSP im Rahmen von politischer Arbeit außerhalb des ABSP unterlassen werden sollte. Dies wurde von den anderen TeilnehmerInnen nicht so gesehen.

In der Mehrheit waren sich die Teilnehmer darüber im Klaren, dass das Vertrauen zu dem konkreten Kokreis-Mitglied durch seine Arbeit im Rahmen der LINKEN voraussichtlich keinerlei Schaden nehmen wird, da seine jahrzehntelange Arbeit bisher keinen Bruch in der Kontinuität und bei der Zuverlässigkeit aufweist.